

Fokus Bildung: Fünf Forderungen an die Bundespolitik

Der Auftrag, dem die Politik im Bildungsbereich jetzt gerecht werden muss, ist umfassend und von zentraler Bedeutung. Gemeinsam haben die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa im Vorfeld der Bundestagswahl für den Schulbereich fünf zentrale Baustellen identifiziert, die es anzugehen gilt.

Die erste Forderung betrifft die **Behebung des Lehrkräftemangels**. Um den künftigen Bedarf zu decken, müssen Studien- und Ausbildungsplätze im Vorbereitungsdienst sowie berufsbegleitende Ausbildungsangebote für Quer- und Seiteneinsteigende ausgebaut und das Lehramtsstudium so strukturiert werden, dass mit den Herausforderungen an Schule gut umzugehen ist. Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert, multiprofessionelle Teams und qualifizierte Verwaltungs- und IT-Fachkräfte entlastend eingestellt werden. Eine Frage der Gerechtigkeit ist die Bezahlung aller akademisch ausgebildeten Lehrkräfte nach A13 (Beamte) und E13 (Angestellte).

Zweitens muss der enorme **Investitionsstau** an Schule beseitigt werden. Digitale Infrastruktur und Ausstattung müssen flächendeckend auf den notwendigen Stand gebracht werden. Für eine dauerhafte Finanzierung des Bildungssystems muss unter anderem das Kooperationsverbot in der Bildung komplett gestrichen und in ein Kooperationsgebot umgewandelt werden.

Die **Digitalisierung von Schule**, Forderung 3, muss vorangebracht werden. Unter anderem braucht es mehr qualifizierte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Die Politik muss Verfügbarkeit, Sicherheit, Transparenz und Weiterentwicklung mit Blick auf die zu verwendenden Systeme sicherstellen. Dafür sind jährlich ca. 2,5 Milliarden Euro notwendig.

GEW und VBE machen sich in ihrer vierten Forderung dafür stark, dass alle Aufträge, die an Schule übertragen werden, sei es das gemeinsame, inklusive Lernen, sei es das bisher personell überhaupt nicht abbildbare Ganztagsversprechen oder seien es die diversen Ideen, was Schule vermitteln soll, ausfinanziert und personell glaubwürdig unterlegt werden müssen.

Die **Corona-Folgen** müssen abgemildert werden, so Forderung 5. Die Politik muss alles Notwendige dafür tun, um alle Schülerinnen und Schüler, gerade jetzt, bedarfsgerecht fördern zu können. Das Aufholprogramm von Bund und Ländern ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Es muss so verändert werden, dass mehr Geld ins System Schule denn in externe Angebote fließt, um eine langfristige Ausrichtung auf die individuelle Förderung zu gewährleisten.

In letzter Minute: Rechtsanspruch auf Ganztag

Nach Jahren teilweise erbittert geführter Verhandlungen und einem Stopp des Projekts im Bundesrat kommt er nun doch noch: Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wurde im September in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages geändert beschlossen und konnte so auch den Bundesrat passieren. Diskussionspunkt war bis zuletzt die Höhe der Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten und die Vergabe der Gelder. So war eigentlich geplant, dass diese nur als Investition in Anspruch genommen werden dürfen, wenn damit neue Plätze für die Betreuung geschaffen werden. Für diejenigen Länder, die bereits ein gut ausgebautes Angebot haben, war das nicht akzeptabel. Gut, dass das korrigiert wurde und nun auch Gelder für die Aufrechterhaltung bestehender Angebote abgerufen werden können.



Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, kritisierte das Vorhaben trotzdem, denn das Hauptproblem bei der Ganztagsbetreuung werde nicht angegangen und demnach vermutlich zu Beginn des Rechtsanspruchs ab 2026 nicht gelöst sein: der Fachkräftemangel. Er kommentierte: „Die Umsetzung des Ganztagsanspruchs muss unter Personalvorbehalt stehen. Es braucht zunächst eine massive Personalgewinnungskampagne. Dabei muss sich von selbst verstehen, dass alle Personen, die im Ganztag arbeiten werden, pädagogisch qualifiziert sein müssen. So wird gewährleistet, dass die Betreuung der Kinder keine Verwahrung am Nachmittag ist, sondern den Kindern pädagogisch anspruchsvolle Angebote unterbreitet werden. Der klare Auftrag von Schule ist, Kinder zu bilden und zu erziehen.“

Lehrkräftemangel durch ein verändertes Studium bekämpfen

Der Lehrkräftemangel ist hausgemacht. Nicht nur wurde lange Zeit zu wenig eingestellt, nein, es wird auch zu wenig ausgebildet. Aber stimmt das überhaupt? Ist es nicht vielmehr so, dass die Qualität der Lehre und Betreuung nicht ausreicht und das, was sich die Studierenden erhoffen, nicht eingelöst werden kann? Diesen Eindruck gewann, wer Prof. Dr. Koch und Prof. Dr. Radisch, beide von der Universität Rostock, zuhörte. Sie waren eingeladen, bei der in Präsenz stattfindenden Bundesvorstandssitzung des VBE im September in Berlin zu referieren.

Zunächst stellte Professorin Koch heraus, dass es „den“ Mangel gar nicht gebe, da es vor allem um bestimmte Fächerkombinationen ginge. Dies liegt nicht zuletzt an den schlechten Planungen der Kultusministerien: die Methodik der Prognosen lässt zu wünschen übrig und ist nicht fächerspezifisch und die Abstimmung unter den Ländern gelingt nicht. Zusätzliches Problem sei die schlechte Ausbildung, was der hohe Schwund belegt. Noch immer ist der Praxisanteil zu klein, die Fachwissenschaft über- und die Fachdidaktik unterrepräsentiert. Einer eigenen Umfrage unter 800 Lehramtsstudierenden zufolge sprechen sich 92 Prozent von ihnen für ein duales Studium aus. Deshalb hat sie gemeinsam mit dem ehemaligen Bildungsminister Matthias Brodkorb die Idee einer „Lehrerbildungsakademie“ entworfen. Eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis soll einen starken Berufsfeldbezug unterstützen. Durch die Anpassung des Studienjahres auf das Schuljahr können ausreichend Studienpunkte erbracht werden und das Studium trotz starker Einbindung in die Praxis nach fünf Jahren beendet werden. Allerdings ist ein Schwachpunkt der Idee, so die Mitglieder des Bundesvorstandes, die (zumindest bisherige) Fokussierung auf das Grund- und Sonder-schullehramt.

Professor Radisch verwies vor allem auf den IST-Zustand des Studiums: hohe Schwundquoten und fehlendes Wissen darüber, wie der bestmögliche Output für die Studierenden überhaupt entsteht. Ist es der Praxisbezug? Sind es „gute“ Lehrende? Was funktioniert – und was nicht? Dazu gibt es kaum Forschung. Zudem werde bei dem Thema Lehrkräftemangel häufig nicht eingerechnet, dass Lehramtsstudierende aufgrund ihrer starken regionalen Verwurzelung kaum mobil sind. Vor allem, um den Lehrkräftemangel in „abgelegener Fläche“ anzugehen, schlägt er die Steuerung von Praxisphasen über verbindliche Praktikumsvereinbarungen vor. Je genauer die Schule ihre Bedarfe kennt (Inklusion, Integration, neue Lehrmethoden oder Umgang mit schwierigen Personen), umso eher könnten die Lehramtsstudierenden mit frühen Verträgen dazu verpflichtet werden, genau diese Module zu besuchen und mit ihrem Wissen das Kollegium bereichern.

VBE Bundesfrauenvertretung: Das Team ist komplett



Die Teilnehmenden der Hauptversammlung der VBE Bundesfrauenvertretung in Berlin

Stellenwert von Frauen in unserer Gesellschaft – was wir aus Corona lernen können“ war das Leitthema der Frauenvertreterinnen der VBE Landesverbände bei der diesjährigen Hauptversammlung der VBE Bundesfrauenvertretung vom 23. bis 25. September 2021 in Berlin. Anne Roewer, Leiterin der Kommunikationsabteilung des VBE, referierte zum Thema „Parität und Jugendförderung im Verband“. Im Dezember 2021 wird es dazu eine gemeinsame Veröffentlichung der VBE Frauenvertretung mit dem Jungen VBE geben.

Susann Meyer stellte als Bundessprecherin des Jungen VBE die Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Förderung von jungen Menschen in der Familienphase vor. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, brachte das Gremium über die Entwicklungen im Bundesverband auf den neuesten Stand. Auf der Tagesordnung stand auch die Nachwahl der neuen stellvertretenden Vorsitzenden der VBE Bundesfrauenvertretung. An dieser Stelle gratulieren wir Maria Stöckel vom VBE Mecklenburg-Vorpommern sehr herzlich zum Wahlerfolg. Das Team der VBE Bundesfrauenvertretung ist mit der Bundessprecherin Tanja Küsgens und ihren Stellvertreterinnen Maria Stöckel, Lena Köhler und Astrid Geißelbrecht komplett. Zum Abschluss der Tagung referierte Dagmar Völpel, Diplom-Volkswirtin und Coach, gewinnbringend zum Thema „Selbstmanagement im Homeoffice“ und „Notwendigkeiten des Gesundheitsmanagements in Schule und Verband“.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE